

# Info FSM SFM Info

Journal d'information du  
Forum suisse pour  
l'étude des migrations

Informationsblatt des  
Schweizerischen Forums  
für Migrationsstudien

# NFPNR 39

Numéro spécial: valorisation  
Spezialnummer: Umsetzung  
02.2001 - No 4

## Contenu / Inhalt

Editorial: Asyl- und Einwanderungspolitik	1
Editorial: La politique de l'asile et de l'immigration	3
Synthesepapier	5
Rapport de synthèse	10
Kommentar von Denise Efionayi	15
Commentaire de Denise Efionayi	15
Pour approfondir Zur Vertiefung	16

## Editorial

## Asyl- und Einwanderungspolitik

**D**ie Einwanderung in fortgeschrittenen Industriegesellschaften erweist sich häufig als ein Testfall für den ökonomischen und politischen Liberalismus und ist nicht frei von folgenschweren Paradoxien. Laut der klassischen liberalen Philosophie sollte der Bürger von behördlichen Kontrollen so gut wie möglich verschont werden. Freizügigkeit wäre gemäss diesem Verständnis ein fundamentales "Menschenrecht". Wäre. Doch gerade das Beispiel der Einwanderung von Menschen aus benachbarten oder fernen Staaten in die Schweiz (und anderswo) dokumentiert, wie konfliktreich das Recht auf Migration sein kann, wenn es mit traditionellen Vorstellungen von Gemeinschaft und Nation kollidiert oder wenn konkrete materielle Interessen auf dem Spiel stehen.

Für die liberale Linke bestand das Dilemma zwischen dem Schutz der einheimischen Arbeitnehmerschaft vor ausländischer Konkurrenz und der Wahrung einer Menschenrechtsethik, die Solidarität mit Neuankömmlingen als moralisches Minimum erwartet. Während letzteres zumindest als Bekenntnis nicht ausgeblieben ist, hat die traditionelle Linke in der Schweiz allerdings bis in die 70er Jahre immer wieder auf einer starken Kontrolle der Einwanderung bestanden.

Mit einem Paradoxon hat auch die liberale Rechte zu kämpfen, wenn auch unter anderen Vorzeichen: während ihre Wählerbasis von recht-nationalen, xenophoben Bewegungen umworben wird, verfolgen die bürgerlichen Parteien mehrheitlich Wirtschaftsinteressen und benötigen daher eine gesicherte freie Marktwirtschaft als notwendige Bedingung. Die liberale Rechte ist daher mit der Unvereinbarkeit von Wirtschaftsliberalismus und politischem Nationalismus unmit-

telbar konfrontiert. Indes darf nicht vergessen werden, dass trotz dieser konfliktreichen Konstellation zwischen Migration und Nationalismus, deren Zeuge wir seit der aufstrebenden Industrialisierung im 19. Jahrhundert geworden sind, es nach dem Zweiten Weltkrieg durch den erneuten Ausbau der globalen Marktbeziehungen zu einer allgemeinen Ausweitung der Rechte kam, die mitunter auch die Migranten betraf. Das Aufkommen eines erneuerten politischen Liberalismus seit dem Zweiten Weltkrieg und die Weiterentwicklung des Sozialstaates waren entscheidend für diese Entwicklung. Trotz dem Bemühen vieler Staaten, die negativen Einstellungen vieler Bürger gegen Migranten ernst zu nehmen und den Einwanderungsfluss zu kontrollieren, war der Erfolg dieser Bestrebungen gering. Der Grund für dieses "liberale Paradoxon" (Hollifield) liegt nicht in einem mangelnden politischen Willen oder einer immerwährenden Nachfrage nach neuen Arbeitskräften. Vielmehr spielen die Erlangung von Rechten durch Ausländer und die Stärkung einer Rechtskultur, die auch Minderheiten vor der möglichen willkürlichen Macht des Staates besser schützt, eine wichtige Rolle.

Gary Freeman hat die daraus folgende Geometrie der Interessen sowohl zwischen Einheimischen, der Wirtschaft und den Migranten wie auch ihre Einwirkung auf die Politik am US-amerikanischen Beispiel in einem viel beachteten Artikel (IMR 1995) erläutert. Die Vektoren der Einwanderungs- und Integrationspolitik in der Schweiz waren auch Thema am Workshop vom 29. September 2000, der die neuesten Forschungsergebnisse des NFP 39 zu dieser Frage diskutierte. Etienne Piguets detaillierte Darstellung über die Ein- und Auswan-

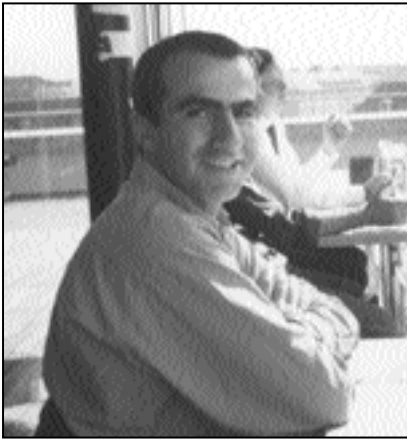


photo : FSM / SFM

Gerald Schneider, Universität Konstanz

rungsflüsse in der Schweiz und die nach Herkunft unterschiedlichen Integrationserfolge, die gemessen am europäischen Vergleich beachtlich sind, führte zu einer Diskussion über den Typus zukünftiger Einwanderung und die Folgen einer auf kurzfristigen Interessen ausgerichteten Politik. Gerade die hohe Rückkehrquote von Migranten mit gefestigtem Aufenthaltsstatus stellte im Gespräch einen Typ der Integrationspolitik in Frage, der unter politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Gesichtspunkten keine Nachhaltigkeit zu vermitteln vermag. Die Frage nach der Art der Einwanderungspolitik bleibt deshalb ein entscheidender Faktor zur Erzielung einer längerfristigen Bevölkerungspolitik in diesem Land.

Indes scheint der föderale Aufbau der Schweiz eine konzertierte Politik zu erschweren. In wirtschaftlichen Belangen stellen zumindest Kuster und Cavelti am Beispiel der Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte beachtliche Abweichungen von Bundesvorgaben bei den Kantonen fest. Während diese "Zurückhaltung" des Bundes in der Runde zu wenig Diskussionen Anlass gab und auch mit einer bestimmten Tradition schweizerischer Politik erklärt werden kann, regten die präsentierten Resultate von Holzer und Schneider eine lebhaftere Diskussion an. Ihr empirischer Befund, wonach Asylsuchende mit ähnlicher Herkunft je nach Kanton unterschiedliche Anerkennungschancen haben, deutet auf eine beunruhigende Diskriminierung der Gesuchsteller je nach zugeteiltem Kanton hin. Die Frage steht im Raum, ob die politische Kultur eines Kantons bei der Abklärung der Fluchtursachen effektiv als Ursache für den Asylentscheid des Bundes gelten kann oder ob nicht andere Faktoren diese Unterschiede ebenfalls erklären könnten. Zu denken wäre beispielsweise an eine "gewichtete" Zuteilungspolitik des Bundes? Diese Frage drängt sich auf, da die Forscher die Mechanik, die zu diesem problematischen Resultat führt, anhand des Asylverfahrens nicht plausibel machen konnten. Die Behördenvertreter stritten indes die Befunde energisch ab und wiesen auf die Unvergleichbarkeit von individuellen Asylbiographien hin. Die Mecha-

nik der Abklärung erweise sich zudem als komplexer als in der Studie dargestellt. Da aber die Resultate dennoch beunruhigen, drängt sich hier eine genauere Untersuchung dieses Aspekts der schweizerischen Asylpolitik geradezu auf.

In der Untersuchung von Florence Passy und Marco Giugni wird ein anderer Blick auf die Asylpolitik gerichtet. Sie untersuchen den Einfluss von engagierten Akteuren auf die Entscheide der Migrationspolitik. Anders als angenommen haben law-and-order Koalitionen anscheinend einen geringen Einfluss auf politische Entscheide in bezug auf Migranten. Mehr noch: "Bürgerrechtskoalitionen" scheinen erfolgreicher zu sein in der Durchsetzung ihrer Agenda. Die Ergebnisse beschränken sich freilich auf den Zeitraum 1990-94, also knapp vor der Einführung des Antirassismogesetzes. Interessant wäre zu sehen, ob die Resultate auch für die nachfolgenden Jahre bestätigt werden können. ■

Gianni D'Amato, SFM



Schweizerisches Forum suisse pour l'étude des migrations  
für Migrationsstudien  
svizzero per lo studio delle migrazioni  
for Migration Studies

#### Impressum

Editeur: Sandro Cattacin.  
Rédacteurs responsables:  
Gianni D'Amato (gda), Brigitta Gerber (bg).  
Ont collaboré à ce numéro:  
Denise Efonayi-Mäder, Etienne Piguet.  
Impression: Messeiller S.A., Neuchâtel.

L'Info FSM est édité par le Forum suisse pour l'étude des migrations, institut auprès de l'Université de Neuchâtel. Il peut être obtenu auprès du FSM. Das SFM Info ist vom Schweizerischen Forum für Migrationsstudien an der Universität Neuenburg herausgegeben. Erhältlich am SFM. FSM/SFM, Terreaux 1, 2000 Neuchâtel  
Tél.: 032 - 718 39 20 Fax: 032 - 718 39 21  
info.fsm@fsm.unine.ch - www.unine.ch/fsm

Editorial **La politique de l'asile et de l'immigration**

**S**ouvent synonyme de mise à l'épreuve pour le libéralisme économique et politique, l'immigration dans les sociétés industrielles développées est assortie de certains paradoxes lourds de conséquences. Selon la philosophie libérale classique, les citoyens devraient échapper autant que possible au contrôle exercé par les autorités. La libre circulation constituerait dans ce sens un "droit de l'homme" fondamental. Or, l'immigration en Suisse (ou ailleurs) de ressortissants de pays voisins ou lointains illustre justement les conflits auxquels peut se heurter le droit à la migration lorsqu'il est confronté à l'image traditionnelle de la collectivité et de la nation ou lorsque des intérêts matériels concrets sont en jeu.

Pour la gauche libérale, le dilemme consistait à choisir entre la volonté de protéger les travailleurs indigènes de la concurrence étrangère et celle de défendre une éthique des droits de l'homme, dont la solidarité avec les "nouveaux venus" représente un principe élémentaire. Si elle n'a pas trahi ce principe, la gauche traditionnelle suisse s'est toujours prononcée en faveur d'un contrôle strict de l'immigration jusque dans les années 70.

De son côté, la droite libérale se trouve face à une autre forme de paradoxe: tandis que la base de ses électeurs est courtisée par les mouvements xénophobes d'extrême droite, les partis bourgeois défendent essentielle-

ment des intérêts économiques et revendiquent la garantie d'une économie de marché libre. La droite libérale est donc confrontée à l'impossibilité de concilier le libéralisme économique et le nationalisme politique. Cette constellation conflictuelle entre la migration et le nationalisme s'est établie au 19<sup>e</sup> siècle alors que l'industrialisation était en plein essor. Or, depuis la fin de la deuxième guerre mondiale, les relations commerciales à l'échelle globale se sont encore accrues, favorisant l'expansion générale des droits, en faveur aussi des migrants. Le nouvel élan qu'a connu le libéralisme politique après la deuxième guerre mondiale et le développement de l'Etat social ont largement contribué à cette évolution. Les efforts consentis par bon nombre d'Etats pour prendre au sérieux les attitudes négatives de nombreux citoyens envers les migrants et pour contrôler les flux migratoires n'ont pas toujours porté leurs fruits. Ce "paradoxe libéral" (Hollifield) n'est pas dû à un manque de volonté politique ou à un besoin perpétuel de main-d'œuvre supplémentaire. Il résulte plutôt de la revendication par les étrangers de leurs droits et du renforcement d'une culture des droits de la personne, qui protège également mieux les minorités du pouvoir arbitraire dont peut disposer l'Etat.

Dans un article qui a suscité un vif intérêt (IMR 1995), Gary Freeman présente la géométrie des intérêts d'

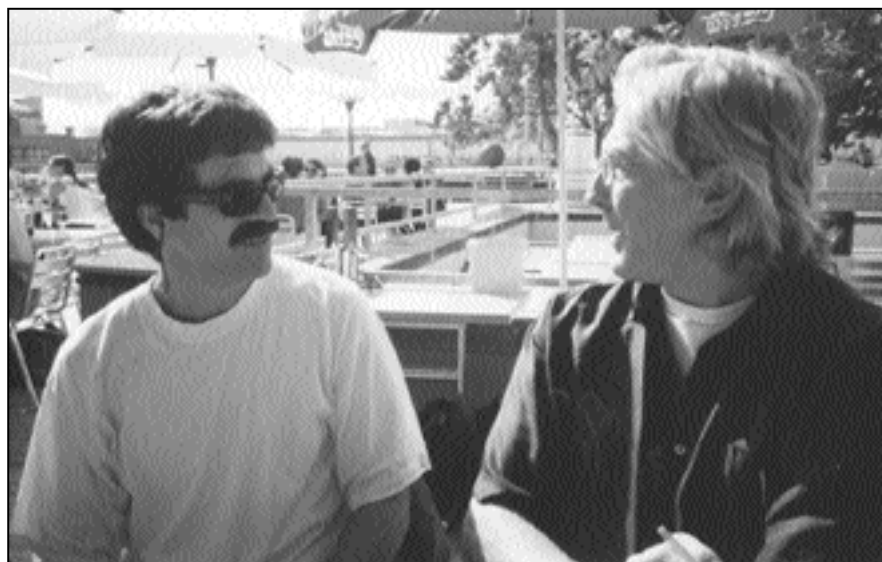


photo : F.SM / SFM

Andrea Lanfranchi &amp; Hans-Peter von Aarburg

coulant de cette situation entre les natifs, l'économie et les migrants ainsi que son impact sur la politique, à l'exemple des Etats-Unis. Les vecteurs de la politique d'immigration et d'intégration de la Suisse étaient à l'ordre du jour, le 29 septembre 2000, lors de l'atelier consacré aux derniers résultats des recherches effectuées dans le cadre du PNR 39. Consacrée aux flux migratoires en Suisse et aux progrès considérables réalisés dans notre pays, en comparaison européenne, en matière d'intégration suivant la nationalité des migrants, l'étude d'Etienne Piguet a donné lieu à un débat sur la forme que revêtira à l'avenir l'immigration et sur les conséquences d'une politique axée sur des intérêts à court terme. La part importante des migrants qui retournent dans leur pays, alors qu'ils bénéficient d'un permis de séjour ou d'établissement (permis B ou C) en Suisse, met en lumière une politique d'intégration qui ne se distingue pas par sa durabilité du point de vue tant politique, que social et économique. De ce fait, le type de politique d'immigration à adopter reste un facteur déterminant pour doter la Suisse d'une politique démographique durable.

Le fédéralisme suisse semble toutefois rendre plus difficile la mise en pratique d'une politique uniforme. Sur le plan économique, les chercheurs Kuster et Cavelti constatent des écarts importants dans l'application des prescriptions de la Confédération par les cantons, notamment en matière de recrutement de la main-d'œuvre étrangère. Cette attitude "réservee" de la Confédération, due aussi à une certaine tradition de la politique suisse, n'a pas suscité de grands débats dans le cadre de l'atelier, contrairement aux résultats présentés par les chercheurs Holzer et Schneider. D'après leurs constatations empiriques, les chances pour les requérants d'asile de même nationalité de voir leur demande reconnue varient en fonction du canton qui les accueille. Ce constat met en exergue la discrimination inquiétante frappant les requérants d'asile selon leur canton d'attribution. La question ainsi soulevée est de savoir si la décision d'accepter ou non une demande d'asile peut réellement être imputée à la culture politique d'un canton. Ne ré-

sulterait-elle pas plutôt d'une politique "pondérée" de répartition des demandes d'asile entre les cantons? Cette question est d'autant plus pertinente que les chercheurs n'ont pas été en mesure d'expliquer le mécanisme débouchant sur ce résultat étonnant par la procédure d'asile. Les représentants des autorités contestent avec véhémence les résultats de l'étude et affirment que les biographies des requérants d'asile sont trop différentes pour permettre des comparaisons. Ils ajoutent par ailleurs que le processus utilisé pour l'examen des raisons motivant les demandes d'asile est plus complexe que ne le prétendent les chercheurs. Les résultats de l'enquête sont pourtant alarmants et montrent qu'il est nécessaire d'examiner de manière plus approfondie cet aspect de la politique de l'asile.

L'étude de Florence Passy et de Marco Giugni porte sur un autre aspect de la politique de l'asile. Les chercheurs se sont intéressés à l'impact des acteurs organisés sur les décisions prises dans le domaine de la politique de migration. Contrairement à une idée largement répandue, les coalitions "law-and-order" ont apparemment peu d'influence sur les décisions politiques concernant les migrants. Les coalitions de droits civils auraient même davantage de succès dans la réalisation de leur programme. Les résultats ne se réfèrent cependant qu'à la période 1990 à 1994, soit à l'époque qui a précédé l'introduction de la loi contre le racisme. Il serait intéressant de voir s'ils se confirment pour les années qui ont suivi. ■

*Gianni D'Amato, FSM*

## Synthesepapier

## Asyl- und Einwanderungspolitik im Spannungsfeld zwischen staatlichem Vollzug und sozialen Bewegungen

**D**ie vierte Veranstaltung, die im Rahmen der Umsetzung des Nationalen Forschungsprogrammes (NFP) 39 "Migration und interkulturelle Beziehungen" am 29. September 2000 im Kuppelraum der Universität Bern (Hochschulstrasse 4) stattfindet, trägt den Titel "Asyl- und Einwanderungspolitik im Spannungsfeld zwischen staatlichem Vollzug und sozialen Bewegungen". Das Programm des Workshops thematisiert Fragen, die im Hinblick auf die Auswirkungen einer zukünftigen Migrationspolitik im Bereich der Asyl- und Einwanderungspolitik sowohl in der Forschung als auch in der Praxis diskutiert werden. Ziel des folgenden Berichts ist, die praxisrelevanten Ergebnisse aus den Schlussarbeiten des NFP 39 hervorzuheben, die nach einer Durchsicht der Resultate eruiert wurden. Die Kriterien der Praxisrelevanz sind im Hinblick auf die Umsetzung mit Expertinnen und Experten erörtert worden.

**Kontext**

Eine Ausdehnung der intergenerationalen sozialen Mobilität gilt in der soziologischen Forschung als einer der besten Indikatoren für die Integration von Migranten. Die Verbesserung der sozioökonomischen und politischen

Lage hängt folglich von der Lösung des Paradoxon ab, welches der Züricher Soziologe Hans Joachim Hoffmann-Nowotny schon in den 70er Jahren beschrieben hat: dass nämlich ehemalige Anwerbestaaten, die sich nicht als Einwanderungsländer verstehen, den Migranten jene institutionellen Kanäle zur Verfügung stellen, die helfen, Diskriminierungen in den verschiedensten Sphären zu überwinden. Demnach müssten heute de-facto Einwanderungsländer eine Einwanderungspolitik praktizieren, die sich auch der strukturellen Bedingungen annimmt, denen die Migranten unterstellt sind.

Eine auf diese Weise verstandene Immigrationspolitik würde zwei Wirkungsbereiche aufweisen: Zunächst einmal die Politik der Kontrolle (Immigration Policy), welche den Eintritt von Ausländern reglementiert, und dann die Politik der Integration (Immigrant Policy), welche die Funktion hätte, die rechtliche, soziale und politische Lage der Immigranten zu verbessern (auf die Integrationspolitik in seinen räumlichen und politisch-kulturellen Aspekten wird in den nächsten beiden Syntheseberichten eingegangen). Auf den ersten Blick erscheinen diese beiden Dimensionen der Kontrolle und Integration als widersprüch-



photo : F.SM / SFM

Florence Passy (1.v.l.) &amp; Brigitta Gerber (2.v.r.)

lich, da die eine die Macht des Staates demonstriert, seine Grenzen vor Ausländern zu schützen, während die andere die Teilhabe der Ausländer an der Gesellschaft fördern sollte. Effektiv verhalten sich die beiden Politiken jedoch komplementär zueinander, da einerseits - wie auch das US-amerikanische Modell vortrefflich zeigt - eine strenge Kontrolle der Eintritte durchaus eine Voraussetzung für eine liberale Politik gegenüber Einwanderern sein kann, wenn diese einmal im Land sind. Umgekehrt zeigt das kontinentaleuropäische Beispiel, wie häufig eine liberale Grenzkontrolle eine weitaus strenge Überwachung im Inland zur Folge hat. In diesem Zusammenhang darf nicht unerwähnt bleiben, dass auch eine grosszügige Integrationspolitik nicht unzählig vielen Menschen das Immigrationsrecht zur Verfügung stellen kann. Da der Zutritt von potentiellen Leistungsberechtigten in Sozialstaaten nicht unbegrenzt sein kann, kommen politische Behörden kaum umhin, den Zutritt auf die eine oder andere Weise zu regeln.

Um in der Frage der Zuwanderungspolitik mehr Klarheit zu schaffen, verwendet der vorliegende Bericht in einem ersten Teil die Resultate Etienne Piguets Studie zu den neuesten demographischen Entwicklungen in der Schweiz, die sich aus dem migrationspezifischen Wandel ergeben haben und verbindet diese Daten mit einer Erörterung der Auswirkungen ausländer- und asylrechtlicher Bestimmungen auf die Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte, wie sie im Bericht von Jürg Kuster und Guido Cavelti behandelt worden sind. In beiden Studien geht es nicht zuletzt um die Frage, wie die Ströme in die Schweiz und die Integrationsleistungen der Migranten bewertet werden können und ob die Migration längerfristig zu einer wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstruktur beitragen kann, zumal die qualitativen und quantitativen Folgen der Liberalisierung des freien Personenverkehrs noch nicht absehbar sind. Der zweite Teil dieses Syntheseberichts verlagert seinen Schwerpunkt hingegen mehr auf die politische Auseinandersetzung um die schweizerische Asyl- und Ausländerpolitik. Die Evaluation von Gerald Schneider und

Thomas Holzer zum Vollzug der schweizerischen Asylpolitik wie auch die Untersuchung der Wirkung nichtinstitutioneller Akteure auf die Formulierung der Asyl-, Einwanderungs- und Einbürgerungspolitik in der Schweiz, eine von Marco Giugni und Florence Passy bearbeitete Untersuchung, werden diskutiert.

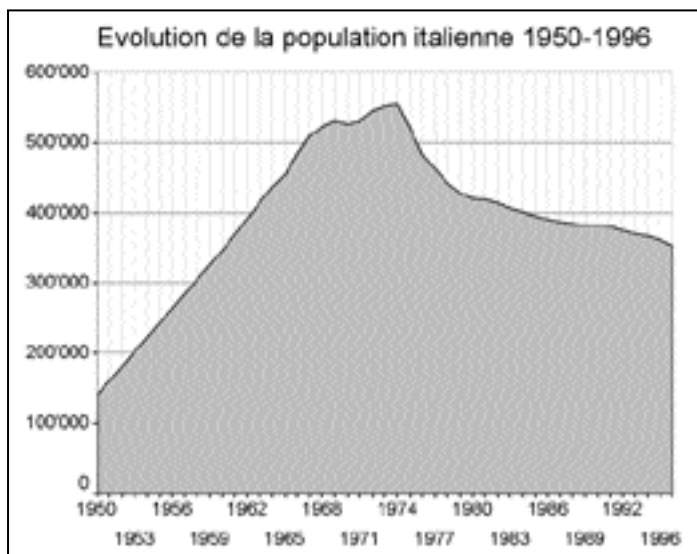
#### Die Ergebnisse der Nationalfondsstudien

Etienne Piguet vom Schweizerischen Forum für Migrationsstudien in Neuenburg beschäftigt sich in seiner NFP 39-Studie ("Immigration et Intégration. La population étrangère en Suisse et au Lichtenstein depuis 1948") mit den europäischen Migrationsströmen in die Schweiz. Er untersucht die Zusammensetzung der Migranten nach demographischen und sozialen Kriterien und misst die Auswirkungen dieser Veränderungen auf die ausländische Bevölkerungsstruktur. Eine besondere Wichtigkeit wurde der Unterscheidung zwischen SaisonarbeiterInnen und den niedergelassenen Ausländern beigemessen. Gemessen an der Grösse der Schweiz stellt Piguet starke Migrationsströme fest, die selbst höher sind als jene des klassischen Einwanderungslandes USA. Vergleicht man allerdings die Nettobilanzen so erscheinen die Einwanderungszahlen in der Schweiz vergleichbar mit jenen in Deutschland und Österreich. Offensichtlich erklärt sich der Unterschied zwischen der Schweiz und den USA, so Piguet in einer weiteren Darstellung seiner Ergebnisse, in einem hohen Anteil der AusländerInnen mit Aufenthalts- (B-) oder Niederlassungsausweis (C-Ausweis), die in ihr Herkunftsland zurückkehren. Diese hohe Rückkehrquote vom Migranten mit gefestigtem Aufenthaltsstatus ist zumindest für die Jahre 1960 bis 1980 belegt.

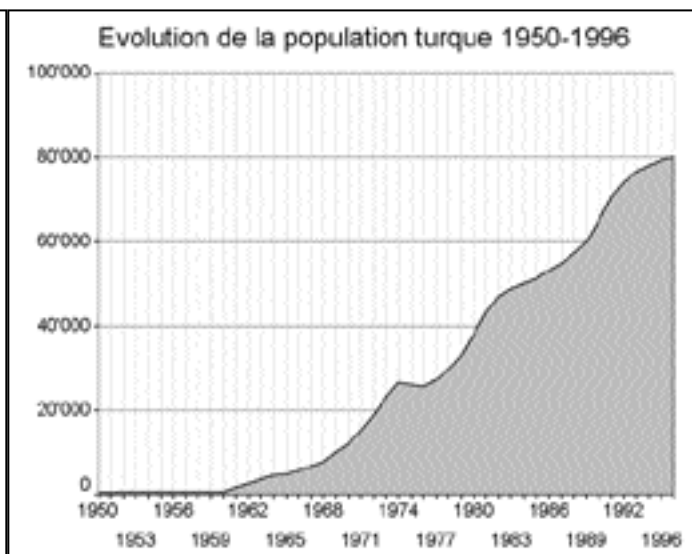
In seiner Entwicklungsanalyse wird ausserdem deutlich, wie die unterschiedlichen Migrantengruppen in zeitlicher Folge in die Schweiz eingewandert sind (Graphik 1-4). Die Gruppe der Italiener, Österreicher, Ungarn, Deutschen, Griechen, Tschechoslowaken und Spanier erreichten den Bevölkerungshöchststand in den 70er Jahren und nehmen seither stetig

ab. Eine Erklärung dieser Entwicklung sieht Piguet in den starken Einbürgerungen gewisser Gruppen und der schon erwähnten hohen Rückkehrquote von niedergelassenen Ausländern. Die Gruppe der Türken, Engländer, Holländer, Libanesen, Franzosen und US-Amerikaner gehören hingegen zu einer Bevölkerungsgruppe, deren Anteil seit den 50er Jahren kontinuierlich zugenommen hat. Bürgerinnen und Bürger aus Portugal, Ex-Jugoslawien, Sri Lanka, Polen und Vietnam haben die Schweiz innerhalb einer sehr kurzen Zeit erreicht. Ein Vergleich der Graphik muss allerdings die unterschiedlichen Masseinheiten auf der vertikalen Achse berücksichtigen, da der Vergleich ansonsten verzerrt wäre.

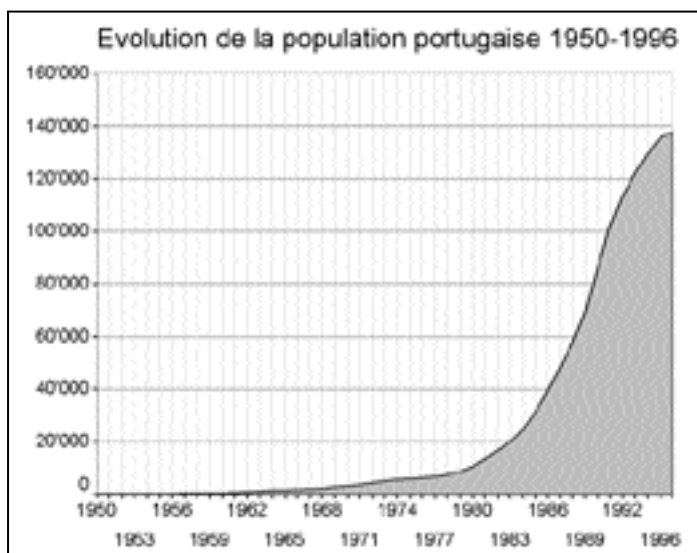
Die Untersuchung der Integration der jungen Ausländerinnen und Ausländer aus den verschiedenen Migrantengruppen, die ebenfalls von Piguet in der gleichen Studie durchgeführt worden ist, hat zudem einige interessante Ergebnisse zutage gefördert. So hat in der Volksbefragung von 1990 ein beachtlicher Anteil von jungen Migranten angegeben, sie sprächen als Hauptidiom die Sprache ihrer Aufenthaltsregion. Obschon die Jungen sowohl die Herkunftssprache als auch die Sprache des Ortes, in dem sie leben, ohne weiteres perfekt sprechen können, ist es für Piguet trotzdem beachtlich, dass für mehr als die Hälfte der jungen Tschechoslowaken, Ungaren, Italiener und Griechen die Aufenthaltssprache zum wichtigsten Kommunikationsmittel geworden ist. In bezug auf das Ausbildungsniveau stellt Piguet in seiner Studie ausserdem fest, dass sich die Qualifikationsprofile zwischen jungen Ausländern und Schweizer je nach Aufenthaltsdauer immer mehr angleichen. Obwohl junge Ausländer aus dem südlichen Europa noch 1990 im Schnitt ein geringeres Ausbildungsniveau vorzuweisen hatten, glich sich dieses für jene in der Schweiz geborenen jungen Ausländer den schweizerischen Jugendlichen beträchtlich an. Dies gilt vor allem für die Jugendlichen mit italienischem und spanischem Pass, die sich praktisch nicht mehr von ihren schweizerischen Altersgenossen im Ausbildungsniveau unterscheiden lassen. Interessant wäre



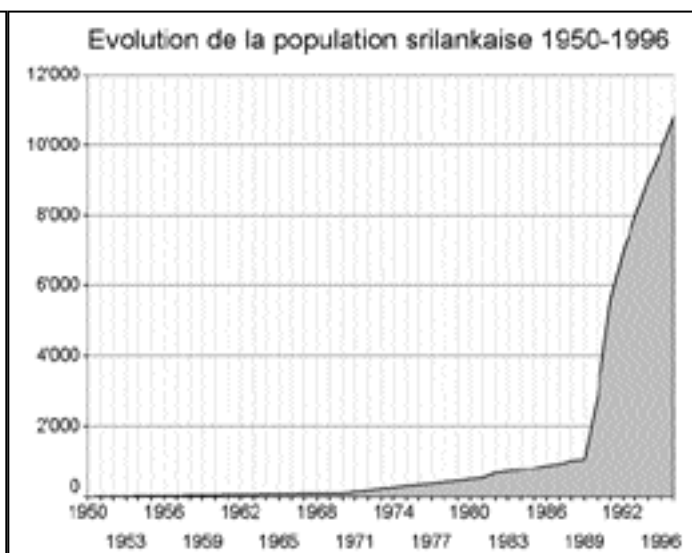
Graphik 1



Graphik 2



Graphik 3



Graphik 4

Quelle: Studie Piguët, SFM-NFP 39

es indes zu sehen, ob diese Resultate sich auch für die 90er Jahre bestätigen lassen.

Einen anderen Einblick in die Zuwanderungsdebatte bietet die Studie von Jürg Kuster und Guido Cavelti (Büro BHP, Zürich), die den Titel "Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte. Bedeutung ausländer- und asylrechtlicher Bestimmungen" trägt. Die beiden Forscher untersuchen die Wirkung einschränkender rechtlicher Bestimmungen (Auländerrecht, Asylrecht) auf die Erwerbstätigkeit der Migranten in den Hotel-, Bau- und Spitalbetrieben der Kantone Zürich, Basel Stadt, Graubünden und Waadt. Speziell interessiert sie, wie die massgeblichen Bestimmungen des Bundes von den Kantonen gehandhabt wer-

den und ob allfällige Unterschiede in der Vollzugspraxis zu unterschiedlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen führen. Ausserdem fragen sie nach den Auswirkungen der ausländer- und asylrechtlichen Bestimmungen zur Erwerbstätigkeit auf die Rekrutierungspraxis der Wirtschaft. Sie untersuchen auch, ob zwischen ausländerrechtlichen und asylrechtlichen Bestimmungen Wechselwirkungen erkennbar sind. Die Forscher Kuster und Cavelti stellen am Ende ihrer Analyse fest, dass trotz detaillierter rechtlicher Vorgaben des Bundes den Kantonen im Vollzug ein respektablem Ermessensspielraum bleibt, der aber von den vier untersuchten Kantonen differenziert genutzt wird. Für die Unternehmen entstehen im Bereich der Per-

sonalrekrutierung je nach Standortkanton unterschiedliche Rahmenbedingungen. Allerdings dürften diese Unterschiede nicht überschätzt werden, denn in allen untersuchten Kantonen sind die Arbeitsmarktbehörden danach bestrebt, der Wirtschaft angemessene Rahmenbedingungen für die Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte zu bieten. Neben den Einschränkungen sehen Kuster und Cavelti durch die Bestimmungen somit auch Chancen für Betriebe, da sich diese vielfach nach den Bedürfnissen der Branchen ausrichten: Zu diesen zählen die befristeten Saisonierbewilligungen, welche für das Gast- und Baugewerbe den Zeitraum hoher Auslastung mit Arbeitskräften abdecken, aber auch die Rekrutierung von Sai-

sonarbeiter für 4-5 Monate mit der Option auf Verlängerung auf 9 Monate, was dem Baugewerbe bei unsicherer Auftragslage einen flexiblen Personaleinsatz erleichtert. Ausserdem haben die Schweizer Spitaler die Möglichkeit, ausländische Fachkräfte vorerst als Kurzaufenthalter anzustellen und danach, falls die betreffende Person den Anforderungen genügt, eine Jahresbewilligung zu beantragen.

Allerdings sollen die Einschränkungen durch die asyl- und ausländerrechtlichen Bestimmungen nicht vergessen werden. Kuster und Cavelti verweisen unter anderem auf Hotelbetriebe in Grosstädten, die keine saisonale Nachfrageschwankungen verzeichnen, aber gezwungen sind, erstmals in die Schweiz einreisende ausländische Fachkräfte trotz unbefristetem Bedarf nur mit Kurzaufenthalterbewilligung anzustellen. Die beiden Autoren erwähnen auch Spitalbetriebe, die vereinzelt gezwungen sind, Schweizer Personal einzustellen, das den Qualifikationsanforderungen nicht vollumfänglich entspricht, weil ausreichend qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland aufgrund einer strengen Anwendung des Inländervorrangs nicht rekrutiert werden können. Wechselwirkungen zwischen ausländer- und asylrechtlichen Bestimmungen erkennen die beiden Autoren hauptsächlich in der Hotellerie, wo Asylbewerber und vorläufig Aufgenommene meist wenig qualifizierte Tätigkeiten ausüben, für die kaum Personen aus den von den befragten Hoteliers bevorzugten Ausländersegmenten rekrutiert werden können. Erwerbstätigen aus dem asylrechtlichen Bereich kommen in der Hotellerie eine komplementäre Funktion zu; eine Substitution von Erwerbstätigen mit ausländerrechtlichem Status durch Asylbewerber und vorläufig Aufgenommene konnten die beiden Zürcher Forscher nicht feststellen.

Thomas Holzer (Universität Bern) und Gerald Schneider (Universität Konstanz) beschäftigen sich in ihrem Beitrag ("Die Schattenseiten dezentraler Durchführung der Asylverfahren Evidenz aus der Schweiz, Perspektiven für die Europäische Union") ebenfalls mit föderalen Aspekten des Asylverfahrens. Ihre Studie, die die Schweizer

Erfahrungen im Asylbereich als Grundlage für mögliche europäische Entwicklungen betrachtet, weist mitunter auf den Preis hin, welches ein einheitliches Asylverfahren haben kann, das dezentral in den Kantonen umgesetzt wird. Durch die Delegation der Verfahren erhielten die Kantone eine diskretionäre Macht, die sie zur Beeinflussung der Entscheidung nutzen können. Die Nutzung dieser Spielräume, die sich in unterschiedlichen Anerkennungsquoten für Asylsuchende mit vergleichbarem persönlichen Hintergrund äussern, stellen für die Autoren eine Verletzung des Gebots der Rechtsgleichheit dar, die umso bedenklicher sei, als die Gesuchsteller von den Behörden einem beliebigen Kanton zugeteilt werden, ohne der drohenden Diskriminierung durch Abwanderung in einen anderen Kanton ausweichen zu können.

Obschon der Föderalismus in der Literatur und im gemeinen Empfinden der schweizerischen Bevölkerung vielfach zu den Grundwerten und Grundstrukturen der Schweiz gezählt wird, wirft der Vollzugsföderalismus gerade im Asylbereich einige Probleme auf, die grundlegender Natur sind: So können die Kantonsregierungen die dezentrale Implementierung eines Bundesprogramms stören, indem sie die Bundespolitik mit eigenen Massnahmen systematisch unterminieren. Die Kantone können auch versuchen, das bundesstaatliche Politikergebnis in eine nicht beabsichtigte Richtung zu lenken, um diese ineffizient zu machen. Und last but not least kann die Durchsetzungsmacht der Teilstaaten (in unserem Fall der Kantone) zu einer systematischen Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen führen.

Gerade der letzte Punkt betrachten Holzer und Schneider in ihrer Studie am Beispiel der Asylverfahren als schon wirksam, da die Vollzugsorgane gerade in den Kantonen auf die Anliegen der Öffentlichkeit wie auch die Interessen organisierter Gruppen besonders responsiv reagieren. So haben sie in ihrer Untersuchung festgestellt, dass je nach Kanton ein Asylsuchender unter sonst gleichen Bedingungen eine mehr als doppelt so grosse Chance auf eine positive Entscheidung erfahren kann. Während eine Zuweisung zu

sechs Kantonen (NW, AI, OW, GL, ZG und LU) zu signifikant überdurchschnittlichen Anerkennungsquoten führt, liegt die Chance für eine positive Entscheidung in sieben Kantonen (AG, SG, AR, TG, VS, BS und TI) signifikant unter dem Durchschnitt. Generell haben weibliche, verheiratete sowie sehr junge oder ältere Flüchtlinge bessere Chancen auf eine positive Entscheidung. Bei Männern ist die Wirkung des Alters und des Zivilstandes wichtiger als bei weiblichen Flüchtlingen. Dies überrascht insofern wenig, als bekanntermassen die Gruppe der jungen, männlichen und unverheirateten Asylsuchenden die geringste Chance zur Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft hat und genau dem Vorurteil, nichts anderes als "Wirtschaftsflüchtlinge" zu sein, entspricht. Ausserdem spielt die Herkunft eines Asylbewerbers in Kombination mit dem Zeitpunkt der Entscheidung ebenfalls eine Rolle im Verfahren. Die Autoren illustrieren diesen Befund anhand der zwei zahlenmässig wichtigsten Herkunftsnationen: Asylsuchende aus Ex-Jugoslawien hatten zu Beginn der Untersuchungsperiode eine sehr niedrige Chance auf Anerkennung. Im Zuge der verschiedenen Bürgerkriege stieg sie markant an, um später wieder abzufallen. Bei türkischen Flüchtlingen stieg während des ganzen Beobachtungszeitraums die Anerkennung mit abnehmender Rate.

Holzer und Schneider sehen erstens politische Gründe als Ursache für die Ungleichbehandlung von Asylbewerbern. Je stärker beispielsweise SVP-Initiativen in einem Kanton abgelehnt worden sind und je geringer der Ausländeranteil in einem Kanton ist, desto höher sind die Chancen der Anerkennung eines Asylgesuchs. Zweitens weisen die beiden Autoren auf die schon erwähnten strukturellen Bedingungen eines Kantons in Zusammenhang mit der Anerkennungsquote hin: In sehr kleinen wie auch in sehr grossen Kantonen liegt die Anerkennungsquote höher als in mittelgrossen Kantonen. Ausserdem darf, drittens, nicht vergessen werden, dass auch Konjunkturen die Anerkennungsquote variieren.

Marco Giugni und Florence Passy (Universität Genf) untersuchen in

ihrem Beitrag ("Die Rolle der nichtinstitutionellen Akteure in der Migrationspolitik") mit Hilfe der Protestereignisanalyse in der NZZ über einen Zeitraum von fünf Jahren (1990-1994) den Einfluss von organisierten Akteuren auf die Entscheide der Migrationspolitik. Allgemein wird angenommen, dass populistische und rechtsextreme Bewegungen in der Schweiz einen starken Einfluss auf politische Entscheide haben. Die Resultate von Giugni und Passy können diese Annahme nicht bestätigen, zumindest nicht für die für sie relevante Untersuchungsperiode. Sogenannte law-and-order-Koalitionen wurden vielmehr von politischen Entscheidungen dahingehend beeinflusst, dass sie auf staatliche Massnahmen reagieren mussten, unabhängig vom Umstand, ob es sich um liberale oder restriktive Massnahmen handelte. Im Gegenzug erweisen sich "Bürgerrechts"-Koalitionen erfolgreicher in der Durchsetzung von liberalen politischen Massnahmen. Vor allem der Solidaritätsbewegung ist es häufig gelungen, die Behörden auf eine liberalere Politik einschwenken zu lassen, obschon diese Bewegungen über ein eher geringes Mobilisierungspotential verfügen. Auch ihr wichtigster politischer Verbündeter - die SPS - ist ihnen von geringem Nutzen, da eine Unterstützung von dieser Bundesratspartei meist ge-

genteilige Effekte hat. Die beiden Forscher haben somit eine in der Bewegungsforschung allgemeine Annahme, dass nämlich mächtige politische Verbündete den Erfolg von sozialen Bewegungen sichern, nicht belegen können. Ob nun Mobilisierungen von politischen Gruppen die politische Entscheidungsfindung beeinflusst, hängt für Giugni und Passy von den Akteuren selbst ab. Die rechtsextremen Gruppen zum Beispiel haben wie erklärt keinen direkten Einfluss auf Entscheidungen der eidgenössischen Migrationspolitik. Allerdings können sie indirekt wirken und ein Klima schaffen, das für restriktive Verordnungen in bezug auf Migrationsfragen günstig ist. Auf diese Weise können populistische und rechtsextreme Gruppierungen mit ihren Diskursen schon vorhandene xenophobe Einstellungen verstärken und auf diese Weise die Bundespolitik beeinflussen. Gerade die hohe Gewaltbereitschaft von rechtsextremen Gruppierungen in bezug auf Migrationsfragen - Giugni und Passy zählen in ihrem Untersuchungszeitraum 45 Morde und 117 Körperverletzungen, die von solchen Gruppen ausgegangen sind - scheinen indirekte "Erfolge" für diese Gruppen im Sinne einer restriktiveren Politik zu erzielen. Die Taktik der Gewalt wird unter anderem gewählt, weil ihre Positionen laut dem Forscherduo in der öf-

fentlichen Debatte schon von institutionellen Akteuren vorgetragen werden. Gewaltaktionen von Ausländern hingegen führen zu sofortigen weiteren restriktiven Massnahmen, da in diesem Falle Entscheidungsträger die öffentliche Sicherheit in Gefahr sehen. ■

*Gianni D'Amato, SFM*



photo : FSM / SFM

*Der Workshop am Mittagstisch / Les participants autour du repas de midi*

## La politique de l'asile et de l'immigration dans la tourmente entre exécution étatique et mouvements sociaux

### Rapport de synthèse

**L**a quatrième manifestation prévue le 29 septembre 2000 à la coupole de l'Université de Berne (Hochschulstrasse 4) dans le cadre de la réalisation du Programme national de recherche (PNR) 39 "Migration et relations interculturelles" s'intitule "La politique d'asile et de l'immigration dans la tourmente entre exécution étatique et mouvements sociaux". Cet atelier abordera des questions ayant trait à la politique d'asile et d'immigration du point de vue des effets de la politique migratoire future, aussi bien pour la recherche que pour la pratique. Le but du présent rapport est de mettre en exergue les conclusions du PNR 39 qui pourraient être utiles sur le terrain. Les critères de ce qui est jugé concret ou utile au niveau de la pratique ont au préalable été discutés avec des experts.

#### Le contexte

Dans le domaine de la recherche sociologique, l'évolution de la mobilité sociale au fil des générations compte parmi les meilleurs indicateurs de l'intégration des migrants. L'amélioration de la situation socioéconomique et politique dépend par conséquent de la résolution du paradoxe suivant, déjà soulevé dans les années 70 par le so-

ciologue zurichois Hans Joachim Hofmann-Nowotny: dans les Etats qui recrutaient autrefois de la main-d'œuvre étrangère mais ne se considèrent pas comme des pays d'immigration, les migrants disposent des canaux institutionnels leur permettant de faire face à toutes sortes de discriminations. De ce fait, les pays d'immigration se considèrent comme tels devraient pratiquer aujourd'hui une politique qui admette les conditions structurelles indispensables aux migrants.

Une telle politique d'immigration s'articulerait autour des deux éléments suivants: d'un côté, la politique des contrôles (Immigration Policy), qui réglerait l'entrée des étrangers, et de l'autre, la politique de l'intégration (Immigrant Policy), visant à améliorer la situation des immigrants aux plans juridique, social et politique (les deux prochains rapports de synthèse aborderont les aspects territoriaux et politico-culturels de la politique de l'intégration). Ces deux dimensions, le contrôle et l'intégration, peuvent certes paraître contradictoires au premier abord. Ainsi, la première montre les moyens engagés par l'Etat pour protéger ses frontières, tandis que la seconde tend à promouvoir la participation des étrangers à la vie sociale. Elle-



photo : FSM / SFM

Thomas Holzer (Universität Bern) (links) und ein Teilnehmer des Workshops / Thomas Holzer (à gauche) et un participant au Workshop

peuvent toutefois s'avérer complémentaires si l'on se réfère, par exemple, au modèle nord-américain: pour les immigrants déjà installés aux Etats-Unis, le fait d'exercer des contrôles stricts aux frontières peut en effet représenter un des éléments essentiels d'une politique d'immigration libérale. A l'inverse, l'exemple du continent européen illustre à quel point une politique libérale des contrôles aux frontières implique une surveillance accrue à l'intérieur du pays. Dans ce contexte, signalons qu'aucune politique de l'intégration, aussi généreuse soit-elle, ne peut permettre à un nombre illimité de personnes de bénéficier du droit d'immigration. L'accès aux prestations de l'Etat social n'étant pas illimité, les autorités politiques n'ont d'autre solution que de le réglementer d'une manière ou d'une autre.

La première partie du présent rapport se fonde sur les résultats de l'étude d'Etienne Piguet concernant l'évolution démographique observée en Suisse, par rapport au tournant pris par notre pays en matière de migration. Ces données sont mises en relation avec celles du rapport de Jürg Kuster et de Guido Cavelti qui analysent les conséquences des dispositions du droit des étrangers et du droit d'asile pour le recrutement de la main-d'œuvre étrangère. Ces deux études s'intéressent notamment à l'évaluation des flux migratoires en Suisse et des efforts d'intégration des migrants. Elles s'interrogent également sur la contribution que pourrait avoir, à long terme, la migration dans la mise en place d'une structure économique concurrentielle, sachant que, du point de vue tant qualitatif que quantitatif, les effets de la libre circulation des personnes ne sont pas encore prévisibles. La deuxième partie de ce rapport de synthèse met davantage l'accent sur les débats suscités par la politique suisse dans le domaine de l'asile et des étrangers. Y sont abordés l'analyse de Gerald Schneider et de Thomas Holzer sur l'application de la politique d'asile en Suisse, ainsi que celle de Marco Giugni et de Florence Passy sur le rôle des acteurs non institutionnels dans les politiques de l'asile, de l'immigration et de la naturalisation en Suisse.

### Les résultats des études du fonds national

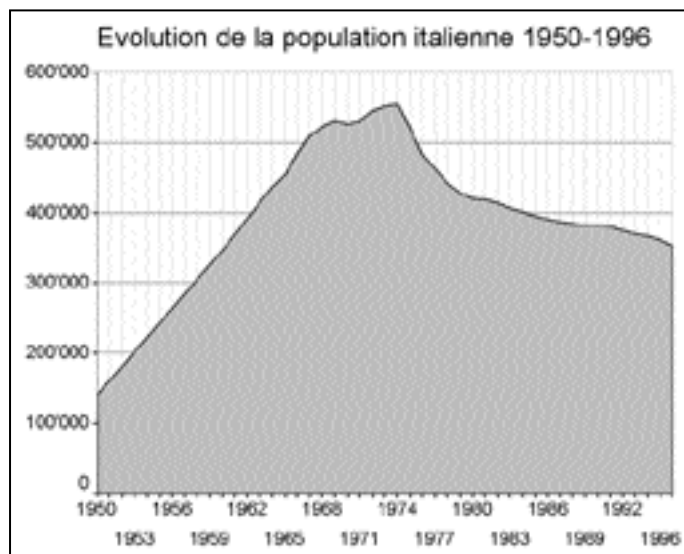
Etienne Piguet, du Forum suisse pour l'étude des migrations à Neuchâtel, aborde la question des flux migratoires européens en Suisse dans son étude du PNR 39 "Immigration et Intégration. La population étrangère en Suisse et au Liechtenstein depuis 1948". Il y décrit la composition de la population migrante, en fonction de critères démographiques et sociaux, et mesure les effets des fluctuations dans ce domaine sur la structure de la population étrangère, tout en distinguant les saisonniers des étrangers établis en Suisse. Il constate que, par rapport à la taille de la Suisse, les flux migratoires sont plus importants dans notre pays qu'aux Etats-Unis, pays d'immigration par excellence. En termes de bilans nets, les chiffres suisses sont comparables à ceux de l'Allemagne et de l'Autriche. L'écart entre les données helvétiques et celles des Etats-Unis s'explique visiblement par la proportion élevée des personnes de nationalité étrangère titulaires d'un permis de séjour (permis B) ou d'établissement (permis C), qui retournent dans leur pays d'origine; cette tendance se vérifie en tout cas pour les années 1960 à 1980.

Etienne Piguet présente par ailleurs, dans l'ordre chronologique, le volume des entrées des différents groupes de migrants en Suisse (graphiques 1 à 4). Les ressortissants d'Italie, d'Autriche, de Hongrie, d'Allemagne, de Grèce, de Tchécoslovaquie et d'Espagne ont atteint une population maximale au cours des années 70 suivie d'un déclin. A son avis, les diminutions de population observées depuis sont dues notamment à la forte propension à la naturalisation dans certains groupes et à la part élevée, mentionnée précédemment, des étrangers domiciliés en Suisse qui retournent dans leur pays d'origine. La Turquie, l'Angleterre, la Hollande, le Liban, la France et les Etats-Unis, sont par contre des pays d'origine dont la population en Suisse n'a cessé de croître depuis les années 50. Les ressortissants du Portugal, d'ex-Yougoslavie, du Sri Lanka, de Pologne et du Vietnam ont gagné la Suisse en un laps de temps très court. Pour éviter tout

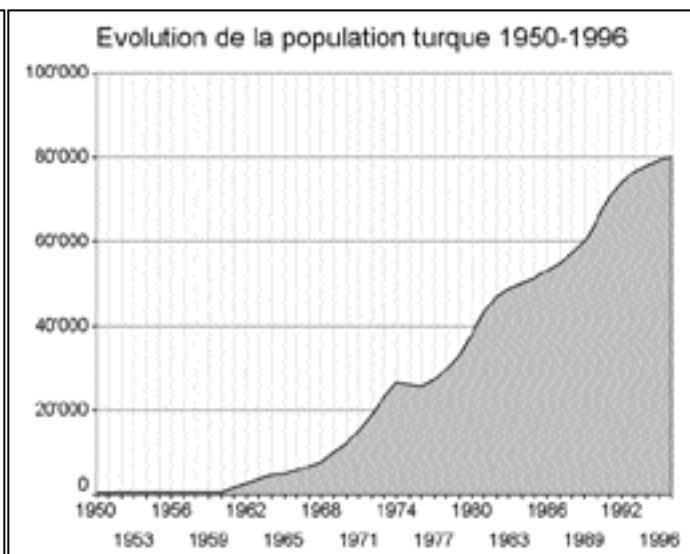
biais dans la comparaison des graphiques, on tiendra compte des différentes unités de mesure des axes verticaux.

Réalisée dans le cadre de la même étude, l'analyse portant sur l'intégration des jeunes étrangers issus des différents groupes de migrants a en outre révélé un certain nombre de résultats intéressants. Lors du recensement fédéral de la population de 1990, une part considérable des jeunes migrants ont ainsi déclaré comme langue principale celle de leur région d'accueil. Toutefois, si la plupart maîtrisent souvent aussi bien la langue de leur pays d'origine que celle de la région dans laquelle ils vivent, il convient de souligner que la langue du pays d'accueil est devenue le principal moyen de communication de plus de la moitié des jeunes Tchécoslovaques, Hongrois, Italiens et Grecs. En ce qui concerne les niveaux de formation, l'auteur constate que les différences de qualification entre les jeunes de nationalité étrangère et ceux de nationalité suisse s'estompent à mesure que le séjour dans notre pays se prolonge. Si, en 1990, les jeunes en provenance des pays du Sud de l'Europe faisaient état d'un niveau de formation moyen inférieur à celui des jeunes Suisses, cela n'est quasiment plus le cas des jeunes étrangers nés dans notre pays. Cette évolution se vérifie notamment dans le cas des jeunes de nationalité italienne ou espagnole, dont le niveau de formation moyen correspond pratiquement à celui des Suisses du même âge. Il serait d'ailleurs intéressant de vérifier si ces résultats se confirment pour les années 90.

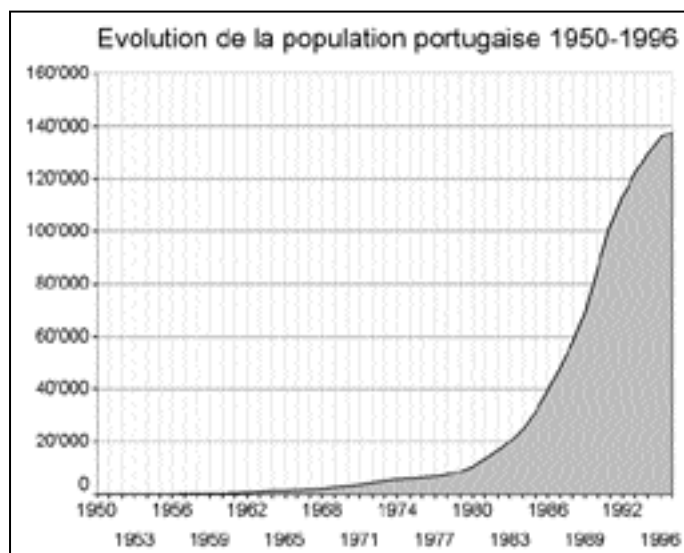
L'étude de Jürg Kuster et de Guido Cavelti (bureau BHP, Zurich) sur le recrutement de la main-d'œuvre étrangère et l'influence des dispositions du droit des étrangers et du droit d'asile ("Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte. Bedeutung ausländer- und asylrechtlicher Bestimmungen") aborde les débats sur l'immigration sous un autre angle. Les deux chercheurs examinent en effet l'impact des dispositions légales restrictives (droit des étrangers, droit d'asile) sur l'activité professionnelle des migrants dans les établissements hôteliers, les entreprises de construction et les établissements hospitaliers des cantons de Zu-



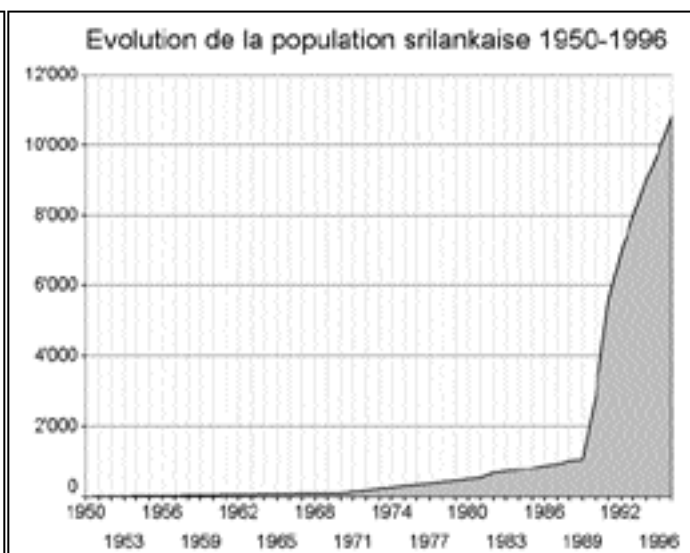
Graphique 1



Graphique 2



Graphique 3



Graphique 4

Source: Etude Piguet, FSM-PNR 39

rich, de Bâle-Ville, des Grisons et de Vaud. Ils s'intéressent en particulier à la manière dont les dispositions déterminantes émises par la Confédération sont appliquées par les cantons; ils observent ensuite dans quelle mesure les différentes applications sont liées aux disparités relevées d'un canton à l'autre quant aux conditions-cadres au niveau économique. De plus, les auteurs évaluent l'influence du droit des étrangers et du droit d'asile en matière d'activité professionnelle sur le recrutement du personnel dans l'économie. Ils étudient également les éventuelles interactions existant entre les dispositions du droit des étrangers et celles du droit d'asile. Les auteurs constatent finalement que les cantons disposent d'une marge d'appréciation respectable, mal-

gré la précision des dispositions légales de la Confédération. Pour les entreprises, les conditions-cadres dans le domaine du recrutement du personnel divergent en fonction du canton d'implantation. Cette variation ne doit toutefois pas être surestimée, car dans tous les cantons pris en compte, les instances compétentes s'efforcent de doter l'économie de conditions-cadres adéquates pour le recrutement de main-d'œuvre étrangère. Jürg Kuster et Guido Cavelti estiment par conséquent que les dispositions légales n'ont pas seulement un caractère restrictif. Elles ne sont pas dépourvues d'avantages pour les entreprises puisqu'elles sont largement dictées par les besoins spécifiques de chaque branche. Ainsi, l'octroi des permis de saisonniers, déli-

vrés pour une période limitée, permet aux entreprises de l'hôtellerie et de la construction de couvrir leurs besoins en personnel supplémentaire pendant les périodes particulièrement chargées. Citons également à ce propos, le cas des travailleurs saisonniers engagés pour 4 à 5 mois avec la possibilité de prolonger leur contrat à 9 mois: cette pratique permet aux entreprises de la construction de maintenir le cas échéant leurs effectifs en fonction des mandats qui leur sont confiés. Les hôpitaux suisses peuvent pour leur part engager du personnel qualifié de nationalité étrangère avec, dans un premier temps, un permis de séjour de courte durée, et solliciter ensuite un permis annuel pour les personnes qui satisfont à leurs exigences.

Mais les dispositions du droit des étrangers et du droit d'asile comportent aussi des restrictions. Jürg Kuster et Guido Cavelti mentionnent à ce sujet le cas des établissements hôteliers des grandes villes, qui ne sont pas touchés par les fluctuations saisonnières de la demande. S'ils recourent à du personnel qualifié de nationalité étrangère n'ayant jamais travaillé en Suisse, ces établissements sont obligés de l'engager pour une courte durée (permis L) bien qu'ils aient besoin de ses services pour une durée indéterminée. Les auteurs relatent par ailleurs que certains établissements hospitaliers ont dû engager du personnel de nationalité suisse dont les qualifications ne correspondaient pas totalement au profil requis, plutôt que de recruter des personnes suffisamment qualifiées de nationalité étrangère, en raison de dispositions strictes donnant la priorité aux personnes indigènes. Ils relèvent des interactions entre les dispositions du droit des étrangers et celles du droit d'asile, en particulier dans l'hôtellerie. Dans cette branche, les requérants d'asile et les personnes admises à titre provisoire exercent généralement des activités peu qualifiées, que les groupes d'étrangers ayant la préférence des hôteliers refusent pour la plupart d'exercer. Les requérants d'asile engagés dans l'hôtellerie ont ainsi une fonction complémentaire; selon les chercheurs zurichois, les requérants d'asile et les personnes admises à titre provisoire ne remplacent aucunement les travailleurs de nationalité étrangère, titulaires d'un permis de séjour.

Dans leur analyse ("Die Schattenseiten dezentraler Durchführung der Asylverfahren - Evidenz aus der Schweiz, Perspektiven für die Europäische Union"), Thomas Holzer (Université de Berne) et Gerald Schneider (Université de Constance) se penchent également sur les effets du fédéralisme dans la procédure d'asile. Ils partent du principe que les expériences accumulées en Suisse dans ce domaine peuvent servir de base à certains développements au niveau européen. Ils mettent notamment l'accent sur le prix à payer pour une procédure d'asile non uniforme et décentralisée. En déléguant cette procé-

sure aux cantons, la Confédération leur octroie un pouvoir discrétionnaire dont ils peuvent se servir pour influencer sur ses décisions. L'utilisation qu'ils font ou non de ce pouvoir se traduit dans les différents taux d'acceptation relevés pour des demandes d'asile comparables. Pour les auteurs, ces inégalités constituent une violation du droit d'égalité devant la loi; cette violation est d'autant plus grave que les requérants d'asile sont répartis dans les cantons par les autorités compétentes et qu'ils n'ont pas le droit de quitter leur canton d'accueil pour fuir sa politique discriminatoire.

Si le fédéralisme est largement présent dans la littérature et dans l'idée qu'a le peuple suisse des valeurs et des structures de base de notre pays, il soulève toutefois des problèmes capitaux lorsqu'il s'agit de mettre en pratique les dispositions légales, notamment dans le domaine de l'asile. Le fédéralisme permet en effet aux gouvernements cantonaux d'entraver la réalisation décentralisée d'un programme de la Confédération en sabotant systématiquement la politique de cette dernière par des mesures cantonales. Les cantons peuvent également tenter d'agir sur les résultats de la politique fédérale pour la rendre inefficace. Enfin, le pouvoir dont disposent les États partiels (dans notre cas, les cantons) peut engendrer la discrimination systématique de certains groupes de population.

Ce dernier point se vérifie d'ailleurs déjà, selon Thomas Holzer et Gerald Schneider, dans le cadre de la procédure d'asile: les organes exécutifs sont en effet très sensibles, notamment dans les cantons, aux préoccupations de la collectivité et aux intérêts des groupes organisés. Les deux auteurs constatent ainsi qu'à situation égale, les requérants d'asile voient leurs chances d'obtenir une réponse positive plus que doubler suivant le canton dans lequel ils se trouvent. Alors que dans six cantons (NW, AI, OW, GL, ZG et LU), les taux d'acceptation sont spécialement élevés, ils sont nettement inférieurs à la moyenne dans sept autres cantons (AG, SG, AR, TG, VS, BS et TI). En général, les demandes d'asile les plus souvent acceptées sont celles de personnes de sexe féminin mariées, très

jeunes ou âgées. Chez les hommes, l'âge et l'état civil jouent un rôle plus important que chez les femmes. En effet, il ne fait pas de doute que les jeunes requérants d'asile, de sexe masculin et non mariés, ont le moins de chances d'être reconnus en tant que réfugiés et qu'ils sont facilement considérés comme des réfugiés économiques. La provenance du requérant d'asile, de même que le moment où sa demande est considérée jouent également un rôle dans la procédure. Les auteurs illustrent cette constatation à l'exemple des deux pays dont proviennent la plupart des requérants: l'ex-Yougoslavie et la Turquie. Les ressortissants d'ex-Yougoslavie avaient au début de la période sous revue très peu de chances d'être reconnus en tant que réfugiés. Cette chance s'est accrue de manière considérable au cours des diverses guerres civiles, pour retomber par la suite. Dans le cas des réfugiés turcs, le taux d'acceptation a en revanche progressé durant toute la période considérée, mais dans une moindre mesure.

Pour Thomas Holzer et Gerald Schneider, les causes du traitement inégal des requérants d'asile sont tout d'abord de nature politique. Les cantons qui reconnaissent plus facilement les demandes d'asile sont ceux qui refusent, par exemple, les initiatives de l'UDC à une large majorité et qui possèdent un faible pourcentage de population étrangère. Les auteurs soulignent par ailleurs l'importance des conditions structurelles d'un canton, mentionnées précédemment, pour l'issue de ces requêtes: les taux d'acceptation sont plus élevés dans les cantons particulièrement petits ou grands que dans ceux de tailles moyennes. Enfin, les auteurs rappellent que ces taux évoluent également en fonction de la conjoncture.

Dans leur étude intitulée " Le rôle des acteurs non institutionnels dans la politique de migration ", Marco Giugni et Florence Passy (Université de Genève) s'intéressent à l'impact des acteurs organisés sur les décisions prises dans le domaine de la politique de migration pendant une période de cinq ans (1990-1994). Ils fondent leur recherche sur une analyse des événements de protestation enregistrés par le quotidien "Neue Zürcher Zeitung".

L'idée que les mouvements populistes ou d'extrême droite exercent une influence considérable sur les décisions des politiques est largement répandue dans l'opinion publique. Les résultats de l'étude ne confirment pas cette supposition, du moins pas pour la période considérée. Ainsi, les coalitions "law and order" ont davantage réagi à des décisions politiques qu'à des mesures étatiques, que celles-ci soient de nature restrictive ou libérale. A l'inverse, les coalitions de droits civils ont eu davantage de succès dans l'application de mesures politiques de nature libérale. Malgré son faible potentiel de mobilisation, le mouvement de solidarité est notamment parvenu plusieurs fois à convaincre les autorités d'opter pour une politique plus libérale. Son principal allié politique, le PSS, ne lui est d'ailleurs pas d'une grande utilité: le soutien de ce parti gouvernemental a la plupart du temps un effet contraire à celui escompté. Cette constatation ne confirme donc aucunement l'idée largement répandue dans le milieu de la recherche sur ces mouvements politiques, selon laquelle les mouvements sociaux doivent la plupart de leurs succès à leurs puissants alliés politiques. Quant à savoir si la mobilisation de groupes politiques influe sur les décisions qui sont prises, cela dépend des acteurs eux-mêmes, selon les auteurs. Nous l'avons vu plus haut, les

groupes d'extrême droite n'ont par exemple pas d'influence directe sur les décisions prises au niveau fédéral dans le domaine de la politique de migration. Ils peuvent cependant exercer une influence indirecte et créer un climat propice à l'émission d'ordonnances restrictives sur les questions de migration. De cette manière, les groupements populistes ou d'extrême droite peuvent renforcer par leurs propos des idées xénophobes déjà existantes et faire ainsi pression sur la politique de la Confédération. La forte propension à la violence dont font preuve les groupements d'extrême droite face aux immigrants - Marco Giugni et Florence Passy ont recensé durant la période sous revue 45 meurtres et 117 victimes de coups et blessures à mettre sur le compte de ces groupements - semble porter ses fruits de manière indirecte au sens d'une politique plus restrictive. A en croire les deux chercheurs, ces groupements choisissent, entre autres, de s'exprimer par la violence, parce que leurs positions sont déjà défendues dans les débats publics par des acteurs institutionnels. Par contre, les actes de violence perpétrés par des étrangers sont immédiatement sanctionnés par des mesures restrictives supplémentaires. Les décideurs voient en effet dans ces actes une menace pour la sécurité publique. ■

*Gianni D'Amato, FSM*



photo : FSM / SFM

*Gianni D'Amato (SFM / FSM) (3.v.l.) in einer angeregten Diskussion / au cours d'une discussion animée*

## Kommentar

**D**er Workshop vom 29. September wurde grösstenteils durch eine kontroverse Diskussion der Studienergebnisse von Holzer und Schneider "monopolisiert". Diese hat auf eindruckliche Weise erahnen lassen, wie fruchtbar, wie spannend und auch anstrengend eine Auseinandersetzung sein kann, welche die Grenzen von Tätigkeitsfeldern, Verwaltungsebenen und Politiksektoren überschreitet. Eine gemeinsame Sprache zwischen Fachpersonen, die sich mit Einwanderungs- und Asylpolitik beschäftigen, Entscheidungsträgerinnen und Forschern zu finden, ist aber nur dann möglich, wenn alle Beteiligten bereit sind, auf die ausschliessliche Verwendung eigener Orientierungskategorien zu verzichten und sich auf andere Erfahrungsebenen einzulassen. In diesem Sinn darf man von den Akteuren aus dem Asylbereich erwarten, dass sie ein Forschungsergebnis, das eine massgebliche Ungleichbehandlung von Flüchtlingen in verschiedenen Kantonen aufdeckt, nicht pauschal zurückweisen, selbst wenn die vorgebrachte Erklärung (sie) nicht überzeugt. Auf der anderen Seite kann das Forschungsteam wichtige Hintergrundinformationen und Erfahrungen aus der Praxis nicht einfach unter dem Vorwand der Anerkennung der Studie in Forschungskreisen übergehen. Zu wünschen bleibt auf jeden Fall, dass die Diskussion weitergeführt wird, dass sie die Forscher veranlasst, ihr Erklärungsmodell zu überprüfen und auf Behördenseite einen Impuls zu grösserer Transparenz bezüglich der Arbeits-

vorgänge und Dokumentation gibt.

Auf Ungereimtheiten im politischen Spannungsfeld zwischen Bund und Kantonen, diesmal bei der Rekrutierung von Arbeitskräften, weist auch die Studie von Cavelti und Kuster hin. Angesichts der zahlreichen Fragen, die der Vollzugsföderalismus gerade in der Ausländer-, Asyl- und Einbürgerungspolitik auch in Zukunft aufwerfen dürfte, drängt sich auch in diesem Kontext ein Dialog über die Beziehung zwischen Verwaltungsebenen auf. Es kann kaum angehen, dass der Ermessensspielraum der Gebietskörperschaften die Kohärenz der nationalen Politik untergräbt. Wo liegt aber die Grenze zwischen dem national Wünschbaren und dem föderalistisch Realisierbaren? Die Forschung kann in dieser Auseinandersetzung einen wichtigen Beitrag zu einer sachlichen Entscheidungsfindung leisten. Keine "Rezepte" (Passy), aber wertvolles Rohmaterial liefern beispielsweise gut dokumentierte Grundlagen, wie sie Piguët über die Migrationsflüsse bzw. Integrationserfolge in der Schweiz und Passy und Giugni in ihrer vergleichenden Studie über das Agenda-Setting in der Migrationspolitik aufgearbeitet haben.

Um den Austausch zwischen Forscherinnen und Praktikern sowie zwischen Vertreterinnen verschiedener Verwaltungsebenen und Politiksektoren zu fördern, sind neben einer soliden "Streitkultur", wie sie bisher in der Schweiz nur ansatzweise existiert, moderierende Strukturen gefragt. Das Valorisierungskonzept ist ein wichtiger Beitrag dazu. ■

*Denise Efinayi-Mäder (SFM)*

## Commentaire

**L**'atelier du 29 septembre a été "monopolisé" en grande partie par une discussion controversée des résultats de l'étude de Holzer und Schneider. Ce débat a laissé entrevoir combien un dialogue au-delà des frontières entre champs d'activités, différents secteurs politiques et niveaux d'administration pouvait être fructueux et passionnant, mais également laborieux. Pour trouver un langage commun aux chercheurs et praticiens, aux représentants de la politique des étrangers et d'asile, ainsi qu'aux acteurs de différents niveaux administratifs, il est indispensable que les partici-

pants soient prêts à renoncer à l'utilisation exclusive de leur propre référentiel et à s'intéresser à d'autres expériences. Dans ce sens, on est en droit d'attendre des acteurs du domaine de l'asile qu'ils ne rejettent pas en bloc un résultat de recherche mettant à jour des inégalités de traitement cantonales à l'égard des réfugiés, même si l'explication avancée ne (les) convainc pas. Quant à l'équipe de recherche, elle ne peut pas ignorer d'importantes informations et connaissances issues de la pratique sous le seul prétexte que le projet recherche a été sanctionné par la reconnaissance au sein de la com-

munauté scientifique.

Espérons que la discussion entamée sera poursuivie, qu'elle incitera les autorités à oeuvrer pour plus de transparence dans la documentation des processus de traitement des demandes d'asile, et que les chercheurs seront amenés à revoir leur modèle explicatif.

Des différends politiques entre la Confédération et les cantons, concernant cette fois-ci le recrutement de travailleurs étrangers, font également l'objet de l'étude présentée par Cavelti und Kuster. Face aux multiples questions que le fédéralisme d'exécution ne manquera sans doute pas de soulever, particulièrement dans les politiques des étrangers, d'asile et de naturalisation, une discussion approfondie de la collaboration entre différents niveaux administratifs s'impose. En effet, il est problématique que la marge de manoeuvre des cantons remette en question la cohérence de la politique nationale. Mais où se situe la limite entre ce qui est souhaitable au niveau national et ce qui est réalisable dans un système

fédéraliste ? Dans ce débat, la recherche peut contribuer à une prise de décision fondée sur des connaissances avérées. Elle ne fournit pas de "recettes" (Passy), mais des matières premières précieuses comme, par exemple, les données bien documentées au sujet des flux migratoires présentées par Piguet ou les analyses concernant la mise sur agenda dans le domaine de la politique d'asile de Passy et Giugni.

Pour promouvoir un échange constructif entre chercheurs et praticiens, mais également entre représentants de différents secteurs politiques et niveaux d'administration, une véritable "culture de discussion controversée", qui fait souvent défaut en Suisse, est nécessaire, mais il est surtout indispensable de disposer de structures permettant l'encadrement du débat. Le concept de valorisation du PNR 39 en est sans doute une contribution importante. ■

*Denise Efnay-Mäder (FSM)*

## Zur Vertiefung - Pour approfondir

Die Kontaktadressen sind den Arbeitstiteln der NFP 39-Eingaben zugeordnet, danach folgen Angaben zu weiterführender Literatur durch die Forschenden.

Adresses de contact des chercheurs PNR 39 du workshop ainsi qu'indications de littérature complémentaires.

1. Zwischen Abschottung und befristeter Aufnahme: Eine Evaluation der schweizerischen Asylpolitik  
Entre renvoi et acceptation temporaire: une évaluation de la politique d'asile de la Suisse  
(Forschungsteam Thomas Holzer, Gerald Schneider)

*Prof. Dr. Gerald Schneider*  
Department of Politics and Management  
University of Konstanz  
Box D 86  
D-78457 Konstanz  
Tel: +49-7531-88-2608/3081 (o)  
Tel: +497531 943785 (p)  
Fax: +49-7531-88-2774  
Gerald.Schneider@uni-konstanz.de  
homepage: <http://www.uni-konstanz.de/FuF/Verwiss/GSchneider/>  
EUP homepage:  
<http://www.uni-konstanz.de/eup/>

*Publikationen und Artikel im Zusammenhang mit der Studie NFP 39*  
*Publications et articles dans le cadre du PNR39:*

Schneider, Gerald (1998): "Kantonale Diskriminierung von Asylbewerbern? Evaluation zur Praxis der Flüchtlingsanerkennung". in: Neue Zürcher Zeitung, 6 July 1998 (with Thomas Holzer).

Schneider, Gerald (1998). "Der Asylföderalismus wirkt diskriminierend. Höchst ungleiche Anerkennungsquoten für Asylsuchende im Vergleich der Kantone", in: Asyl 13 (3):62-67.

Schneider, Gerald (1998). "Diener dreier Herren? Kantonalbehörden und die Vollzugsvielfalt der arbeitsmarktlichen Bestimmungen im schweizerischen Asylrecht", in: Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft (with Markus Spoerndli und Thomas Holzer).

Schneider, Gerald (1999). "Die Flüchtlingspolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Ein Vergleich der Betreuungsformen und Lebensbedingungen für Asylsuchende in der Grenzregion Thurgau/Konstanz". Framework Program Canton Thurgau - University of Konstanz (with Markus Adam und Jan Niklas Engels).

Dr. Thomas Holzer  
Institut fuer Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Unitobler  
Lerchenweg 36  
3000 Bern 9  
Phone +41 31 631 32 86  
Fax +41 31 631 85 90

Schneider, Gerald (2000). "Discriminating Decentralisation: Federalism and the handling of Asylum Applications in Switzerland, 1988 to 1996", in: Journal of Conflict Resolution 44 (2): 250-276 (with Holzer, Thomas and Thomas Widmer).  
Schneider, Gerald (2000). "The Impact of Legislative Deterrence Measures on the Number of Asylum Applications in Switzerland (1986-1995)", in: International Migration Review (with Holzer, Thomas and Thomas Widmer).

Schneider, Gerald (2000). "Asylum Seeking in Germany and Switzerland between 'Voice' and 'Exit' ". Unveröffentlichtes Papier, Universität Konstanz (with Zanger, Sabine).

Schneider, Gerald (2000). "Convergence towards Exclusion. The Schengen Agreement and the Asylum Regime in the OECD Area", in: International Migration and Liberal Democracies; Yearbook Migration 1999/2000 (Eds.: Axel Schulte, Dietrich Thränhardt). Münster: LIT, pp. 237-268 (with Thomas Holzer).

Schneider, Gerald (im Erscheinen) "Asylpolitik auf Abwegen. Nationalstaatliche und europäische Reaktionen auf die Globalisierung der Flüchtlingsströme" (with Thomas Holzer und Thomas Widmer)

2. Ausländische Arbeitskräfte in der Schweizer Wirtschaft: Wechselwirkung zwischen Ausländer- und Asylpolitik  
*La main d'œuvre étrangère dans l'économie suisse: les relations entre la politique d'asile et la politique des étrangers*  
(Forschungsteam Christian Hanser, Jürg Kuster, Guido Cavelti)

*Kontaktadressen / adresse de contact:*

Dr. Jürg Kuster  
Brugger, Hanser und Partner AG  
Lagerstrasse 33  
Postfach 3977  
8021 Zürich  
Tel. 01 299 95 11  
Fax. 01 299 95 10  
e-mail : kuster@bhpag.ch

Guido Cavelti  
Brugger, Hanser und Partner AG  
Lagerstrasse 33  
Postfach 3977  
8021 Zürich  
Tel. 01 299 95 81  
Fax. 01 299 95 80  
e-mail: cavelti@bhpag.ch  
Website: <http://www.bhpag.ch>

*Publikationen und Artikel im Zusammenhang mit der Studie NFP 39/ Publications et articles dans le cadre du PNR39:*

Kuster, J./ Cavelti, G. (2000). "Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte - Bedeutung ausländer- und asylrechtlicher Bestimmungen", in: seco Publikation Arbeitsmarktpolitik Nr 2, Bern.



photo : FSM / SFM

*Am Tisch sitzend von links nach rechts / De gauche à droite: Marco Giugni (Université de Genève), Etienne Piguet (SFM / FSM), Gottfried Zürcher (BFF / ODR), Denise Efionayi-Mäder (SFM / FSM)*

### 3. Rôle des acteurs non institutionnels dans les politiques migratoires

#### Die Rolle der nicht-institutionellen Akteure in der Migrationspolitik

(Forschungsteam Marco Giugni, Florence Passy)

##### Kontaktadressen / adresse de contact:

Dr. Marco Giugni  
Département de science politique  
Université de Genève  
Uni-Mail  
1211 Genève 4  
E-mail: marco.giugni@politic.unige.ch  
Page web:  
<http://www.unige.ch/ses/resop/Giugni.html>

Dr. Florence Passy  
Institut d'études politiques et internationales (IEPI)  
Université de Lausanne  
BFSH2  
10015 Lausanne  
021/692.31.33 (plus facilement contactable au 022/789.58.38)

##### Publikationen und Artikel im Zusammenhang mit der Studie NFP 39 Publications et articles dans le cadre du PNR39:

Giugni, Marco et Florence Passy (1999). "Models of Citizenship, Political Opportunities, and the Claim-Making of Immigrants and Ethnic Minorities: A Comparison of France and Switzerland". American Sociological Association Section on Collective Behavior and Social Movements Working Paper Series, vol. 2, no. 9 (<http://www.nd.edu/~dmyers/cbsm>).

Giugni, Marco et Florence Passy (2000). "Resistance to Europeanization: National Barriers to Supranational Changes in Migration Policy", in: La Lettre de la Maison Française d'Oxford 12: 183-206.

Giugni, Marco et Florence Passy (2000). "Cleavages, Opportunities, and Citizenship: Political Claim-making by the Extreme Right in France and Switzerland". American Sociological Association Section on Collective Behavior and Social Movements Working Paper Series, vol. 3, no. 3 (<http://www.nd.edu/~dmyers/cbsm>).

Giugni, Marco et Florence Passy (à paraître). "Le champ politique de l'immigration en Europe: Opportunités, mobilisations et héritage de l'État national", in: L'action collective en Europe (publié par Richard Balme, Didier Chabanet et Vincent Wright). Paris: Presses de la Fondation Nationale des Sciences Politiques.

### 4. Immigration et intégration en Suisse depuis 1948 / Immigration und Integration in der Schweiz seit 1948

(Etienne Piguet)

##### Kontaktadressen / adresse de contact:

Dr. Etienne Piguet  
FSM  
Terreaux 1  
2000 Neuchâtel  
Etienne.piguet@unine.ch  
<http://www.unine.ch/fsm>

##### Publications liées au projet:

Piguet, Etienne (1999). "Asile et marché du travail", in: Asyl - Schweizerische Zeitschrift für Asylrecht und -praxis, Nr.2, Avril.

Piguet, Etienne (1999) "Les jeunes issus de l'immigration en Suisse", in: Migrations sociétés, vol. 11, no. 62, p.77-86.

Piguet, Etienne (2000) "Les Nouveaux Gastarbeiter ? Les réfugiés sur le marché du travail suisse", in: Journal of immigration and integration, vol.1, no. 2 (en collab. avec Andreas Wimmer).

Piguet, Etienne (2000) Quotas d'immigration, l'expérience Suisse 1960-1998, in Cahier de Migrations Internationales, 37, Bureau international du travail. Genève: BIT/ILO (en collab. avec Hans Mahnig)

Piguet, Etienne (2000) "Immigration und urbaner Arbeitsmarkt", in: Migration und nachhaltige Stadtentwicklung. Werkstattbericht 30, Stadtplanung Wien und OCDE/OECD: Wien, 2000

Piguet, Etienne (2000) The Integration of Children of Immigrants in Switzerland. Country Report on Secondary Analysis. July. EFFNATIS Working paper 29. Research project within the TSER Programme of the European Commission (en collab. avec Mahnig, H. and Wimmer, A)

Piguet, Etienne (2000) Les migrations créatrices étude de l'entrepreneuriat des étrangers en Suisse. Paris: L'Harmattan, collection Migrations et Changements (préface de Georges Tapinos)

Kontaktadressen der Kommentator-  
Innen:

Denise Efonayi-Mäder  
FSM  
Terreaux 1  
2000 Neuchâtel  
Denise.efionayi@unine.ch  
<http://www.unine.ch/fsm>

## Weiterführende Literaturhinweise / Références générales:

Angenendt, S. (1999) Gibt es ein europäisches Asyl- und Migrationsproblem? Unterschiede und Gemeinsamkeiten der asyl- und migrationspolitischen Probleme und der politischen Strategien in den Staaten der europäischen Union. Bonn: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

Arbenz, P. (1995). Bericht über eine Schweizerische Migrationspolitik. Bern: BFF

Bundesamt für Ausländerfragen (BFA) (1997). Die Ausländer in der Schweiz (August). Bestandsergebnisse. Bern: BFA

Bundesamt für Ausländerfragen (BFA) (1997). Die Ausländer in der Schweiz (August). Retrospektive Bestandsergebnisse. Bern: BFA

Dhima, G. (1991) Politische Ökonomie der schweizerischen Ausländerregelung. Eine empirische Untersuchung über die schweizerische Migrationspolitik und Vorschläge für ihre künftige Gestaltung. Zürich: Rüegger

Expertenkommission Migration (1997). Ein neues Konzept der Migrationspolitik. Bericht der Expertenkommission Migration. Bern: BFF

Farago, P./ Hunold, C./ Kuhn, F. (1996). Ausländische Erwerbstätige in der Schweiz. Eine Strukturanalyse. Bern: BFS

Feldmann, K. (1998) "Internationales Flüchtlingsrecht, Integration und Flüchtlingspolitik", in: Kunststreiten auf dem Lipizzaner der Identität (hrsg: Peter Bittelheim, Thomas Fritz, Elfie Pennauer). Klagenfurt: Wieser, S. 188-199.

Frick, A./ Gaillard, S./ Salzgeber, R. (1993). Arbeitsmarkt Gastgewerbe - Auswirkungen einer Liberalisierung. Zürich: ETH-Konjunkturforschungsstelle

Gattiker, M. (1999) Das Asyl- und Wegweisungsverfahren: Asylgewährung und Wegweisung nach dem Asylgesetz vom 26.6.1998. Bern: Schweizerische Flüchtlingshilfe.

Haug, W. (1995). Vom Einwanderungsland zur multikulturellen Gesellschaft. Grundlagen für eine Schweizerische Migrationspolitik. Bern: BFS

Hutter, F./ Mihr, A./ Tessmer, C. (1999) Menschen auf der Flucht. Opladen: Leske u. Budrich

Kappel, R. /Landmann, O. (1997). Die Schweiz im globalen Wandel. Aussenwirtschaftliche und entwicklungspolitische Herausforderungen. Zürich: Schlussbericht des NFP 28

Klandermans, B. (1984) "Mobilization and Participation: Social-Psychological Expansions of Resource Mobilization Theory", in: American Sociological Review, 49: 519-31.

Koopmans, R. (1995) Democracy from Below. Boulder: Westview

Kriesi, H. (1993) Political Mobilization and Political Change. Aldershot: Avebury

Oecd (1996): Arbeitsmarktpolitik in der Schweiz. Schriftenreihe BIGA. Beiträge zur Arbeitsmarktpolitik Nr. 7. Bern: BIGA

Pizzorno, A. (1996) "Decisioni o interazioni? La micro-decisione del cambiamento sociale", in: Rassegna Italiana di Sociologia, 37: 107-32

Prodoliet, S. (1998) Blickwechsel. Die multikulturelle Schweiz an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Luzern: Caritas Verlag

Schieffer, M. (1997) Die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten in den Bereichen Asyl und Einwanderung. Baden-Baden: Nomos

Stalder, P./ Frick, A./ Gaillard, S./ Salzgeber, R. (1994). Auswirkungen der Ausländerpolitik auf den Strukturwandel in der Schweiz, Bern: NFP 27

Liste des publications relatives à la valorisation du PNR 39:  
Publikationsliste zur Umsetzung NFP 39:

FSM/SFM Info Spécial No 1: Migration im Wandel der Berufswelt: eine Chance gesellschaftlicher Innovation ? / La migration dans la mutation du monde professionnel: une opportunité d'innovation sociale ?

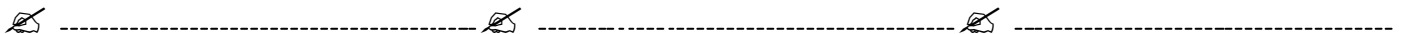
FSM/SFM Info Spécial No 2: Schule und Migration: Wege zum Erfolg? / Scolarité et migration: les voies vers la réussite ?

FSM/SFM Info Special No 3: Die Rolle von Kulturvermittelnden im modernen Sozialstaat : Gesundheit, Sozialarbeit und Migration / Le rôle des médiateurs culturels dans l'Etat social moderne : santé, travail social et migration

Numéros à paraître:  
Kommende Ausgaben:

FSM/SFM Info, NFP/PNR 39 Numéro spécial: valorisation / Spezialnummer: Umsetzung. No 5: « Urbane Integration: Verblasst ein Mythos? / Urbane Integration: Verblasst ein Mythos? », April 2001

FSM/SFM Info, NFP/PNR 39 Numéro spécial: valorisation / Spezialnummer: Umsetzung. No 6: « Die Voraussetzungen staatsbürgerlicher Identität: in der multikulturellen Schweiz / Les conditions d'une identité citoyenne dans la Suisse multiculturelle », April 2001



Info FSM / SFM Info (à envoyer au FSM, Rue des Terreaux 1, 2000 Neuchâtel)

Je souhaite recevoir l'Info FSM  
Bitte, senden Sie mir das Info FSM zu.

Je ne souhaite plus recevoir l'Info FSM  
Ich möchte das SFM Info nicht mehr zugesandt bekommen

Prénom / Vorname : \_\_\_\_\_

Nom / Name : \_\_\_\_\_

Fonction / Funktion : \_\_\_\_\_

Institution : \_\_\_\_\_

Adresse : \_\_\_\_\_

NPO / Postleitzahl : \_\_\_\_\_

Ville / Ort : \_\_\_\_\_

e-mail\* : \_\_\_\_\_

\* L'Info FSM est téléchargeable sur notre site (format .pdf d'Acrobat Reader) : [www.unine.ch/fsm/publicat/infosm.html](http://www.unine.ch/fsm/publicat/infosm.html)  
Aidez-nous à diminuer nos frais d'expédition en indiquant votre e-mail. Vous serez averti de la sortie des nouveaux numéros.

\* Das SFM Info ist im Internet unter folgender Adresse erhältlich (Format .pdf Acrobat Reader) : [www.unine.ch/fsm/publicat/infosm.html](http://www.unine.ch/fsm/publicat/infosm.html). Bitte helfen Sie uns, unsere Versandkosten zu reduzieren und senden Sie uns Ihre e-mail-Adresse. Sie werden sodann jeweils über das Erscheinen einer neuen Nummer informiert.